



SOZIALDEMOKRATISCHE  
GEWERKSCHAFTERINNEN  
Südtiroler Platz 14-16  
A-6010 Innsbruck  
T: +43 512 59 777-604  
F: +43 512 59 777-625  
@: tirol@fsg.or.at

## Antrag Nr. 5

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG)  
an die 176. Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol  
am 10.05.2019

### Hände weg von der Arbeiterkammer und der AK-Umlage!

Die Arbeiterkammern wurden 1920 ausdrücklich als Gegengewicht zu den seit 1848 bestehenden Handelskammern eingerichtet: Die Arbeiterkammern sollten den Handelskammern als gleichwertige Partner gegenüberstehen. 1920 verabschiedete der Nationalrat mit den Stimmen aller Fraktionen das Arbeiterkammergesetz und gab damit den Startschuss für die Entstehung der Länderkammern. Die Gewerkschaften erhielten damit eine wichtige Unterstützung zur Vertretung ihrer Interessen bei der Gesetzgebung und für die wissenschaftliche Formulierung ihrer Anliegen.

#### Angriffe von rechts

Mit 1. Jänner 1934 wurde durch den autoritären Kurs des Dollfuß Regimes die demokratische Selbstverwaltung in den Arbeiterkammern ausgeschaltet. Regierungskommissäre wurden eingesetzt und anstatt des bisherigen Vorstandes Verwaltungs-Kommissäre ernannt. In weiterer Folge wurden die Arbeiterkammern durch den „Ständestaat“ in den faschistischen Einheitsgewerkschaftsbund integriert. Die Nationalsozialisten lösten 1938 die Arbeiterkammern schließlich ganz auf. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs wurden die Arbeiterkammern am 20. Juli 1945 wiedergegründet. In den folgenden Jahrzehnten bildete sich mit ihrer Mithilfe die österreichische Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft heraus. Dieses System zur Sicherung des sozialen Friedens und der Steigerung des Wohlstands für alle ist eine Errungenschaft, um die uns weltweit viele beneiden – gerade in bewegten Zeiten.

***„Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen. Wer die Gegenwart nicht versteht, kann die Zukunft nicht gestalten!“ (Hans-Friedrich Bergmann)***

#### Was ist die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft?

Die Zusammenarbeit der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite untereinander und mit der Regierung. Dabei geht es nicht nur um die Verhandlungen über Kollektivverträge, sondern um alle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, z. B. Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen etc. Wie der Name „-partnerschaft“ andeutet, geht es dabei um eine friedfertige Auseinandersetzung: Interessenskonflikte sollen vor allem am Verhandlungstisch gelöst werden. Kampfmaßnahmen wie Streiks oder Aussperrungen sind immer das letzte Mittel.

Akteure der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft sind:

- Österreichischer Gewerkschaftsbund
- Bundesarbeitskammer
- Wirtschaftskammer Österreich
- Landwirtschaftskammer Österreich

## Die AK-Umlage

Die durchschnittliche AK Umlage beträgt bei einem mittleren Einkommen rund 7 Euro netto im Monat. Das ist viel weniger, als eine Anwaltsstunde oder eine Rechtsschutzversicherung kosten. Mehr als 800.000 Mitglieder zahlen keinen Beitrag - z. B. Eltern in Karenz, Arbeitsuchende, Beschäftigte unter der Geringfügigkeitsgrenze, Lehrlinge. Sie haben aber Anspruch auf das volle Leistungsangebot der AK. Der maximale AK-Beitrag beträgt rund 15 Euro netto im Monat.

Für jeden Euro Mitgliedsbeitrag holen die Arbeiterkammern mehr als einen Euro in geldwerten Leistungen für die Mitglieder heraus. Die AK ist nah bei ihren Mitgliedern: 90 Beratungszentren bundesweit, 95 Bildungseinrichtungen wie das BFI von AK und ÖGB, Bildungshäuser und Bibliotheken der Arbeiterkammern und viele sozialpartnerschaftlich geführte Einrichtungen bilden das Netzwerk der Unterstützung.

***Aus diesem Grund: Hände weg von unserer Arbeiterkammer, liebe Bundesregierung!***

***Die 176. Vollversammlung der Arbeiterkammer Tirol fordert daher:***

- die Bundesregierung und sämtliche Abgeordneten zum Nationalrat, Bundesrat sowie den Landtagen auf, von einer angedachten Reduktion der Kammerumlage Abstand zu nehmen.
- Die Kammerumlage zur Arbeiterkammer in der Höhe von 0,5 % beizubehalten

